

KREIDEKREIS

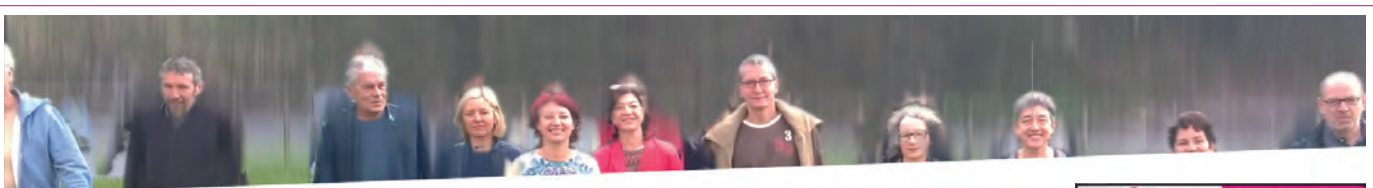
Die Zeitung der österreichischen LehrerInnen Initiative | Unabhängige GewerkschafterInnen für mehr Demokratie

Digitalausgabe vom 14. März 2016 3/2016



Inhalt

Mobbing | Modern Times | Leuchtenwechsel | Bildungsdemo in Linz | Her mit der Pensionsautomatik | Briefwechsel | Ausstellung: Zwangsarbeit im Nationalsozialismus | Raus aus der persönlichen Komfortzone | Das Argumentarium des Grauens | Personalvertretungsgesetz: Was tun, wenn nicht? | Kunst und Kultur



www.oeliug.at



Ein schönes Ziel

Gerhard Pušnik

Flüchtlingsorganisationen und Hilfsorganisationen wie Ärzte ohne Grenzen warnen vor den katastrophalen Folgen der restriktiven Politik europäischer Nationalstaaten für jene Menschen, die am Balkan ohne Zugang zu humanitärer Hilfe und notwendigen Informationen festsitzen. Doch das wird nicht viel helfen.

Europa hat sich entschieden und zeigt seine Fratze. Europa weigert sich, weiterhin Flüchtlinge aufzunehmen und gleichmäßig in den einzelnen Staaten zu verteilen.

Obergrenzen, Asylverweigerung, Abschrecken, Abschieben ist die Devise, **Menschen**Rechte werden ignoriert. Österreichs führende Politiker sind dabei Musterschüler, kein Spruch ist ihnen rechts genug und behaupten noch, sie könnten damit die ganz Rechten verhindern, so als müssten wir nur FPler werden, damit die FP überflüssig wird.

Die aktuelle Situation, die uns als politisches Debakel erscheint, ist Ausdruck einer massiven ökonomischen Krise, wohl der größten, die wir je erlebt haben. Es ist zu deutlich: ein System, das weltweit über Jahrzehnte Raubbau an den Menschen und der Welt betreibt, ausplünderte, was es auszuplündern gab, kommt an sein Ende. Die Hilflosigkeit, mit der das politische Personal insbesondere auch in Österreich den Dingen, die da geschehen, gegenübertritt, kann nicht verwundern. Wer die Innenpolitik über die Jahrzehnte verfolgt hat, weiß, dass da nicht mehr drin ist, weder intellektuell noch haltungsmäßig.

Da erscheinen die Aussendungen und Wortspenden von ÖPU/FCG/Pro Gymnasium, selbsternannten Bundeserschulgemeinschaftsausschüsslern u.ä. über jeden Zweifel erhaben, vor allem aber sind sie mehr als nied-

lich: *Abschaffen, Mist-Reiter, Zwang, Zwangszuteilung, merkwürdiges Demokratieverständnis, Nivellierung, Falschinformation, Unfug* sind die Schlüsselwörter ihrer zahn- und zahllosen Aussendungen. Dabei haben sie nur eines im Zielfernrohr: eine Schulreform-Region im hintersten Tirol zu verhindern.

Vor kurzem haben sie ein Demokratiedefizit ausgemacht. Nicht in ihren Reihen, sondern in Landeck. Dabei könnten es die ÖPULer und FCGler in Wien und in den Ländern doch einfacher haben und bei sich anfangen und z.B. in den Gewerkschaftssektionen der AHS und BMHS andernorts selbstverständliche und einfache demokratische Regeln einführen, Wahlen durchführen oder z.B. andere, anerkannte Fraktionen auch zu ihren Sitzen und Rechten kommen lassen. Aber nein, das ist zu weit hergeholt. Da, wo sie ihre einfachen Mehrheiten verteidigen können, halten die schwarzen Herren der AHS-/BMHS-GÖD den Deckel drauf, damit sich ja nichts ändert. Und doch werden sie es auf Dauer nicht verhindern können.

Sehr viele KollegInnen an der Basis und sehr viele Schulen in ganz Österreich engagieren sich seit Wochen und Monaten vorbildlich in Sprachkursen und vielfältigen Integrationsprojekten. Flüchtlinge willkommen, das ist da noch ernst gemeint. Von Unterstützungsmaßnahmen, finanziellen Mitteln und zusätzlichem Personal aus dem Schulressort ist an den Schulen wenig, in den AHS praktisch gar nichts zu spüren. Auf Dauer wollen und können wir diese Ignoranz nicht akzeptieren. Doch dafür braucht es die gemeinsame Anstrengung aller Gutgesinnten. Es braucht gerade, klare Menschen. Denn solche ohne Rückgrat haben wir schon zu viel.

„Demokratie ist überbewertet“

Glosse von Gary Fuchsbauer

Vorbemerkung: Die Verhandlungen über die Zusammensetzung der gewerkschaftlichen Leitungsgremien auf Bundesebene waren bei Drucklegung der Papierausgabe im Gange. Mittlerweile sind sie abgeschlossen und der Inhalt dieser Spalte ist daher hier geändert. In der BMHS-Gewerkschaft gab es in den vergangenen Jahren freundschaftliches Kooperieren (auch über die Fraktionsgrenzen hinweg). Damit schien seit Herbst 2014 in einigen Bereichen Schluss zu sein. Schrieb in der BMHS-Gewerkschaftszeitung Ende 2015 der Vorsitzende noch „Ich bin auch davon überzeugt, dass jede Schulleitung selbst zu bestimmen“ und LSI, LSR-Kollegium und Ministerium dafür nicht erforderlich wären und Fehlentscheidungen durch Wahl auf Zeit korrigierbar seien, so schaut das 2016 ganz anders aus: Beim BMHS-Gewerkschaftstag in OÖ wurden die Anträge in Richtung Schulleitungsbestellung auf Zeit und durch Wahl von der FCG-Mehrheit abgelehnt. Dabei fiel auch das Zitat, das ich als Überschrift gewählt habe. Große Auffassungsunterschiede zeigten sich zunächst auch bei den Interpretationen der Wahlergebnisse für die Zusammensetzung der Bundesleitung der BMHS-Gewerkschaft. Zwar ging 2015 ein Gerichtsprozess in letzter Instanz so aus, dass die bisher in der GÖD übliche Aufteilung von Mandaten zugunsten von schwarz-rot als nicht der Geschäftsordnung der GÖD entsprechend festgestellt und die Unabhängigen GewerkschafterInnen als Fraktion anerkannt wurden. Doch nicht überall wird das auch schon umgesetzt (zB Landesleitung BMHS Vbg, siehe Kreidekreis 1/2015, S.2). In der Bundesleitung der BMHS-Gewerkschaft haben sich aber nun die Fraktionen nach zwei Gesprächsrunden auf eine weitere kooperative Zusammenarbeit geeinigt: Basis ist die Achtung der Unterschiede der Fraktionen und das Ziel gute Arbeitsbedingungen der LehrerInnen und guten Bildungsmöglichkeiten für die SchülerInnen.

Mobbing

Evelyn Mayer

Ein niederösterreichisches Sittenbild

Im Mai 2010 war ich am Ende. Ich wollte nichts wie weg und von all dem, was mir in der Schule widerfahren ist, nichts mehr wissen. Jahrelange Schikanen und Beschimpfungen durch meine LSI haben mich völlig ausgelagt. Ich wäre sogar bereit gewesen zu kündigen.

Mein Mann hat „zum Kampf“ aufgerufen, nachdem der LSR und das bm:ukk ein Jahr lang keinerlei Interesse daran gezeigt haben, die Wahrheit herauszufinden. Was dann geschah übertraf aber nicht nur meine schlimmsten Erwartungen, sondern auch die meines Mannes. LSR, bm:ukk und Finanzprokuratur stimmten sich ab: so wurden Überlegungen angestellt, mein Kostenrisiko hochzuschrauben, um mich finanziell unter Druck zu setzen. Wirklich perfide war allerdings der Beschluss mich als „Täterin“, selbst also als „Mobberin“, darzustellen und mich dabei kräftig anzuputzen. Unterstützt wurde diese Strategie von meinem Vorgänger und MEINEM Personalvertreter. Von den Aktenvermerken und Mails, die dies belegen, habe ich erst im Herbst 2015 Kenntnis erlangt; im Nachhinein erkenne ich jetzt das „Prozessmuster“.

Kollegen zu denen ich stets gute Kontakte hatte, wollten mich lieber nicht mehr kennen, manche haben hinter meinem Rücken geschimpft und versucht, sich das Wohlwollen des Landesschulrates zu erhalten. Der Amtsdirektor des Landesschulrates hat am Ende des Prozesses falsche Aussagen im Interesse des Amtes getätigt. Sie sollten offenbar verhindern, mich zu meinem Recht kommen zu lassen. Ich hatte das Glück, auf einen sehr engagierten und an der Wahrheitsfindung wirklich interessierten Richter zu stoßen. Gewinnen konnte ich den Prozess aber nur deshalb, weil ich die Geschehnisse gut dokumentiert hatte

und dem Gericht gegenüber meine Vorwürfe belegen konnte. Die schlimmste Lehre, die ich aus all dem ziehen musste ist, dass hohe Verantwortungsträger im Schulbereich bereit sind, so zu agieren. Für Pädagogen, die mit ihrer Werthaltung auch unsere Kinder prägen, ist dies kein gutes Zeugnis. Für einen Rechtsstaat ist es traurig, dass man ein derartiges Verfahren ohne umfassende „rechtliche Infrastruktur“, finanzielle Unabhängigkeit und persönliche Unterstützung durch Familie und Freunde kaum durchzustehen kann.

Die Erleichterung über das Urteil des OGH ist natürlich groß. Dass ich aber meinen Beruf aufgeben und weiterhin mit einer Beeinträchtigung leben muss, kann ein Gericht nicht verhindern. Wenn heute einmal nicht alles rund läuft, „flippe“ ich geradezu aus und alle „Zustände“ sind blitzartig wieder da: Ängste, Beklemmungen, Schlaf- und Essstörungen. Und: nach nahezu 40 Dienstjahren hört man so nicht gerne auf.

Der Landesschulrat hat mit Nachdruck meine Pensionierung betrieben; seit kurzem bin ich im Ruhestand.



Der Fall Evelyn Mayer

Von Renate Brunnbauer

Die Judikatur zu Mobbing ist bisher nicht im Sinne von Mobbingbetroffenen. Umso wichtiger ist es, dass die Direktorin Evelyn Mayer einen Prozess gegen die Republik drei Instanzen lang durchgestanden hat! Im Verlauf des Prozesses wurde auch ein Sittenbild der niederösterreichischen Schulaufsicht gezeichnet.

Die frühere Direktorin der Höheren Lehranstalt für wirtschaftliche Berufe (HLW) Biedermannsdorf, Evelyn Mayer, warf ihrer Vorgesetzten vor Gericht Mobbing vor. Die Schulinspektorin wies die Vorwürfe zurück und führte als Argument an, dass es nur sporadisch zu persönlichen Kontakten gekommen sei. Die Direktorin aber hatte die Aussagen ihrer Vorgesetzten in einem Gedächtnisprotokoll aufgezeichnet und Emails archiviert. Unterstützt von ihrem Mann, dem bekannten Verfassungsjuristen Heinz Mayer, hat sie dem finanziellen und emotionalen Druck standgehalten. Sie ist mit einer Amtshaftungsklage gegen den Bund vorgegangen. Das Landesgericht St. Pölten gibt ihr Recht. Evelyn Mayer wurde gemobbt. Burn-out aufgrund von Mobbing führte zu einem langen Krankenstand. Die Republik muss für den Verdienstentgang aufkommen. Doch die Republik legt Berufung ein. Das Oberlandesgericht Wien entscheidet, dass nicht festgestellt werden konnte, dass die Taten der Inspektorin sich durchgehend persönlich und systematisch gegen die Direktorin gerichtet hätten. Die Klage wird abgewiesen. Der Oberste Gerichtshof erkennt schließlich, dass es sehr wohl um ein „gezieltes und systematisches Mobbingverhalten“ der Schulinspektorin gegen Evelyn Mayer ging.

Den neuen Kreidekreis abonnieren?

7 Euro Jahres-Abo auf
PSK AT52 6000 0000 7842 0320
ein zahlen.

Modern Times

Wilfried Mayr

Eine Satire

Noch nicht alle PädagogInnen haben realisiert, worum es in Gegenwart und Zukunft geht, obwohl es nicht schwer sein kann, sich lediglich zwei Dinge zu merken. Erstens sollen alle funktionieren statt lamentieren, und zweitens soll Ertrag gemacht werden, und zwar überall, auch im Bildungswesen.

Wo kämen wir denn hin, wenn sich alle ihre eigenen Gedanken machen und dabei zwangsläufig auch auf jede Menge Unsinn kämen? Kompetente Stellen (Multis, Industriellenvereinigung, Wirtschaftskammer, etc.) machen aus Erkenntnissen Vorgaben, und die verdammte Pflicht und Schuldigkeit von ArbeitnehmerInnen besteht darin, Vorgaben dann auch als Gegenleistung für ihren Lohn umzusetzen. Schulen sind schließlich keine Debattierklubs, sondern Bildungsstätten. Ministerium und Landeshauptleute wissen schon, was sie anordnen,

und das hat nicht hinterfragt, sondern vollzogen zu werden. Die Gehälter der Lehrkräfte sind ja nicht für deren Selbstverwirklichung vorgesehen, sondern dazu, dass sie ihre SchülerInnen zu einem gewünschten Verhalten führen. Den Rest übernimmt ohnehin die Werbung.

Die Erkenntnisse von erfolgreichen US- und Weltunternehmen sollen endlich auch effektiv ins Bildungswesen einfließen. Das Input/Output-Verhältnis muss stimmen, Wertschöpfung kommt schließlich nicht von Philosophen, sondern von schaffenden Werkträgern. Die dazu nötigen Fertigkeiten sollen sie in der Ausbildung erhalten, mehr ist auch nicht nötig. Alles, was nicht gewogen und gemessen werden kann, ist unnütz. Was zählt, ist Controlling und Dokumentation, um alles in den Griff zu kriegen. Money makes the world go round: Um auch im Bildungs-

wesen Gold schürfen zu können, ist das öffentliche Bildungswesen auszuhungern und wertvolle Ausbildung in private Einrichtungen zu verlagern. Nur so kann der Rubel auch rollen.

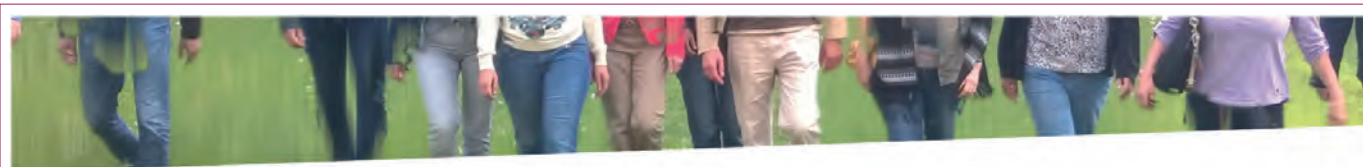


Was gibt es daran auszusetzen, dass sich geschaffener

Reichtum auf eine immer kleiner werdende Anzahl von Personen konzentriert? Konzentration entspricht eben einfach den Regeln dieser Welt. Die Natur lehrt uns fressen und gefressen werden, bei ihr bestehen nur die Tüchtigen. Alles Andere ist Quatsch und Sentimentalität, unbrauchbar und sinnlos.

✉ mayr@oeli-ug.at

Wer den Herren und Damen Kurz, Mikl-Leitner, Faymann und Mitterlehner zuhört, wird nicht vermuten, dass es sich bei denen, über die sie reden, um Menschen handelt. Wir halten dagegen mit kritischen Berichten und Extra-Seiten auf www.oeliug.at



Extra-Seite "Europas Wege in der Flüchtlingspolitik"

www.oeliug.at

Realitätsverweigerung

Laut KURIER ist für die Unterrichtsministerin Gabriele Heinisch-Hosek die Bildungsreform ein „Meisterstück“. Es gäbe nur noch „ein bisschen Diskussionsbedarf“, interpretierte sie in der ORF-Pressestunde die Streitereien und die Blockadehaltung der ÖVP in Bezug auf die Umsetzung der Bildungsreform herunter. Und sie glaubt wirklich, dass Finanzminister Schelling jetzt auf einmal Rücksicht auf dringende finanzielle Sorgen der Unterrichtsministerin nimmt. „Das wird wie immer ausgeglichen werden“, meinte die Ministerin in Pressestunde.

Zuversichtlich zeigte sich die Ministerin auch, dass eine Verwaltungsreform mit einer Behörde aus Bund und Ländern

Ende März stehen wird. Bezüglich der Abschaffung der Noten und der Modellregionen gibt es nichts Neues. Dass Heinisch-Hosek den Richtwert von 37.500 Asylanträgen verteidigt und glaubt, dass die gesamte SPÖ dahinter steht, verwundert nicht. Eine Erklärung dafür lieferte Anton Pelinka in einem Artikel in der ZEIT unter dem Titel: Die rote Domino-Theorie – „Die SPÖ fällt um und fällt um und fällt um – immer in Richtung FPÖ“.

Die Wirtschaftskammer

spricht sich gegen die 15-Prozent-Grenze pro Bundesland für Modellregionen aus. Vor allem die ÖVP besteht in den aktuell geführten politischen Verhandlungen auf diese Grenze, die de facto die Einführung einer Gemein-

samen Schule in Österreich unmöglich macht.

Wie vol.at berichtet, fordert der Leiter der bildungspolitischen Abteilung der WKÖ, Michael Landertshammer, man solle zumindest Vorarlberg „die Chance geben“, als Ganzes eine Modellregion einzurichten. Den Bildungssprecher der Vorarlberger Grünen, Daniel Zadra, freut’s, ÖVP-Chef Mitterlehner wohl weniger.

NMS: Raus aus der „persönlichen Komfortzone“!

Das Pädagogische Argumentarium zu NMS-relevanten Themen „empört“ NMS-Lehrer/innen. Im Auftrag des BMBF haben Tanja Westfall-Greiter und Christoph Hofbauer für das Bundeszentrum für lernende Schulen (ZLS) eine Argumentationshilfe für Schulleiter/innen und Lerndesigner/innen zusammengestellt.

Geht man beim Lesen der ersten Zeilen noch davon aus, dass die Verfasser das Argumentarium „als Gesprächs- und Diskursgrundlage und sachliche Information“ zu den NMS-relevanten Themen anbieten wollen, wird einem schnell klar, dass Kritik in dieser Sache nicht gewünscht wird. Gleich zu Beginn wird dem Leser klar, was von jenen „Akteurinnen und Akteure[n] auf allen Systemebenen“ zu halten ist, die diese Entwicklung nicht „als wünschenswerte, notwendige Weiterentwicklung“ sehen. Kolleg/innen, die diesem theoretischen Überbau um die NMS weniger abgewinnen können, oder ihn kritisch hinterfragen, werden als jene betrachtet, die die „Komfortzonen“ nicht verlassen wollen und resistent gegenüber allem sind, was neu ist und von außen kommt. Es wird der Eindruck vermittelt, Kritik sei weder konstruktiv noch erwünscht, sondern „Widerstand gegen Veränderungszumutungen“. Das sei „verständlich“, weil „von außen herangetragene Ansprüche, die persönliche Komfortzone zu verlassen, zuerst mit Skepsis betrachtet bzw. abgelehnt“ werde. Deshalb braucht es auch dieses „Argumentarium“ für den „Umgang mit Widerstand“. (Siehe auch S. 13)

Pedrazzoli's Cartoon



Leuchtenwechsel

Eine Gratwanderung zwischen Energiesparen und Gesundheitsrisiko

Im Rahmen des Energie-Contracting, das die Republik Österreich mit der Firma Siemens abgeschlossen hat, werden in den nächsten Jahren die Schulbeleuchtungen auf LED umgestellt. So sollen z. B. in Oberösterreich in den nächsten Monaten 20 Schulen umgerüstet werden. Dass das BMBWF dazu mit dem ZA-BMHS nicht kommuniziert hat, ist im Sinne von PVG § 9, Abs. 5, zu kritisieren.

Die komplexe Sachlage beinhaltet ökologische, ökonomische und für die Personalvertretung vor allem auch gesundheitliche Aspekte. Denn wie im PVG § 2 gefordert, hat der Dienststellenausschuss die „gesundheitlichen Interessen der Bediensteten zu wahren und zu fördern“. Und im § 9 ist die Beleuchtung direkt genannt:

(1) Der Dienststellenausschuss ist zur Erfüllung aller jener im § 2 umschriebenen Aufgaben berufen, die nicht ausdrücklich anderen Einrichtungen der Personalvertretung vorbehalten sind. Dabei sind beabsichtigte Maßnahmen vor ihrer Durchführung mit dem Ziel einer Verständigung gemäß § 10 rechtzeitig und eingehend mit dem Dienststellenausschuss zu verhandeln.

(5) Hinsichtlich folgender Gegebenheiten ist das Einvernehmen nach Abs. 2 lit. g herzustellen:

[..]

2. Beleuchtung des Arbeitsraumes, Beleuchtungsstärke, Leuchtdichteverteilung im Gesichtsfeld und im Arbeitsfeld, Leuchten, Lichteinfall, ...

Nun ist aber die Problematik mit Kunstlicht seit dem „Aus“ für die Glühbirne ein heiß diskutiertes und beforschtes Thema.

Fachleute wie Univ. Prof. Dr. med. Richard Funk von der Universität Dresden warnen vor der Gefahr für die Zellen der Netzhaut durch zu hohe Lichtstärken vor allem im blauen Spektrum. Dies wird durch Studien untermauert (siehe Hintergrundwissen). Besonders betroffen sind demnach Kinder und Personen mit bereits vorhandenen Augenproblemen wie mit beginnendem grauer Star.

„LEDs gibt es (noch?) nicht mit vollem und befriedigendem Spektrum, wie unsere Messungen immer wieder zeigen. Es gibt Erzeugnisse oder Chargen, die halbwegs erträglich erscheinen von Seiten der Medizin und Lichtbiologie, aber auch solche, die ein hohes Risiko darstellen. Nur exakte Messung+Interpretation gibt Auskunft“, schreibt Prof. Mag. Karl Fischer, Institut für Licht und Farbe, Wien.

Wir wollen hier weder das Energie-Contracting noch die LED-Beleuchtung an sich infrage stellen. LED-Licht im gelben und roten Bereich wird als ungefährlich eingestuft und die bisherige Ausstattung mit HG-Leuchtstoffröhren ist nicht minder bedenklich.

Wir wollen lediglich die Dienststellenausschüsse auf die Problematik

hinweisen, bei der Umstellung auf LED-Beleuchtung auf eine Probebestückung und auf differenzierte Messungen der angebotenen Beleuchtung zu bestehen.

Der Autor, die Autorin sind der Redaktion bekannt, wollen aber wegen des wirtschaftlich so mächtigen Themas anonym bleiben.

Redaktionelle Bearbeitung

G. Fuchsbauer

Hintergrundwissen

zum Thema Beleuchtung von Arbeitsräumen:

- Licht-Handbuch für den Praktiker <http://tinyurl.com/j4m9cxj>
- licht.de – Leitfaden zur DIN EN 12464-1 <http://tinyurl.com/zlhb792>
- Nennbeleuchtungsstärke für Klassenzimmer: 300 lx (Tagesschule) bzw. 500 lx (Abendschule) www.eduhi.at/dl/beleuchtung2.pdf
- AUVA: Optische Strahlung - Sicherheitsbeurteilung von LEDs: <http://tinyurl.com/h6qpcyu>
- Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, Photobiologische Sicherheit von Licht emittierenden Dioden (LED): <http://tinyurl.com/ztqvycx>
- Haufe.de/Arbeitsschutz, Wie gefährlich sind LEDs: <http://tinyurl.com/hqng3g>
- <http://www.lichtundfarbe.at>
- <http://tinyurl.com/k4sroxb>

Redaktionsschluss für den nächsten Kreidekreis

28. April 2016. Beiträge an a@oeli-ug.at

Informatik-Werkstatt

Informatik ist ein Fachbereich, dessen Einfluss auf das Leben in der heutigen Gesellschaft allgegenwärtig ist und dessen Kernkonzepte mittlerweile durchaus zur Allgemeinbildung gehören (sollen). Oftmals geht das Wissen in Informatik jedoch nicht über die Bedienung von Anwendersoftware hinaus. Bewusst zu machen, dass Informatik in unserer heutigen Alltagswelt fast überall drinsteckt und das Interesse zu wecken, ist die



Aufgabe der Informatik-Werkstatt am Institut für Informatikdidaktik der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt.

In einem aktuell laufenden Forschungsprojekt wird untersucht, welche Anknüpfungspunkte es zwischen der Informatik und den Lehrplänen der Primar- und Sekundarstufe gibt. In der Informatik-Werkstatt wird an verschiedenen Stationen anschaulich und spielerisch gezeigt, was Informatik tatsächlich ist und welche

Kernkonzepte bereits teilweise in den verschiedenen Fächern der Volksschule und Sekundarstufe I verankert sind. Themen wie z.B. Wegbeschreibungen oder Geheimsprache führen zu wichtigen Informatikkonzepten wie Algorithmen, Codierung und Verschlüsselung. Durch einen frühen Einstieg in die Informatik kann das Interesse an der Technik und Informatik gesteigert, eventuelle Hemmungen und Ängste gegenüber schwierigen Themen abgebaut sowie geschlechtsspezifische Unterschiede schon sehr früh ausgeglichen bzw. sogar vermieden werden. Um möglichst vielen Kindern einen spannenden Einstieg in die Informatik zu ermöglichen, findet die ursprünglich mobile Informatik-Werkstatt seit Oktober 2015 wöchentlich an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt statt. Das Angebot richtet sich an alle Interessierten ab einem Alter von vier Jahren. Für LehrerInnen wird es ab Herbst 2016 eine Online-Materialbörse geben.

Marianne Rohrer

Infos: <http://informatikwerkstatt.aau.at>

Rechtsruck in der politischen Debatte schlägt in Schulen durch

Das berichtet Spiegel.de: Denn rechte Übergriffe wie in Clausnitz befeuern die Diskussion über Flüchtlinge. Viele Schüler sind entsetzt, andere lassen rassistische Sprüche los. Wichtig ist in dieser Situation, wie die Lehrer/innen damit umgehen.

Laut Sebastian Drefahl, Geschäftsführer vom Netzwerk Demokratie und Courage e.V, suchen Pädagog/innen Unterstützung. „Schülerinnen und Schüler beziehen ihr vermeintliches Wissen aus dem Netz und ihren eigenen Gruppen“, sagt der Experte. „Da kursieren unglaubliche Gerüchte.“ Immer mehr Schüler/innen sympathisieren mit rassistischen Meinungen. Das macht „uns und vielen Lehrenden Sorgen“, sagt Drefahl.

Für Sanem Kleff, Leiterin von ‚Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage‘, liegt die Ursache darin, dass ein Zwölfjähriger nicht rational versteht, „was passiert, aber er nimmt ein Gefühl von Ablehnung und Angst vor Flüchtlingen auf.“ Deshalb sei auch die Aufklärung über Fakten schwierig, sagt Drefahl. „Einige glauben uns gar nichts. Die sprechen von der ‚Lügenpresse‘ und halten Berichte von der NPD-Website für genauso glaubwürdig wie vom Statistischen Bundesamt. Einige denken auch, wir wollten sie manipulieren. Das klingt schnell nach Verschwörungstheorien.“ Lehrer müssten in solchen Fällen die Glaubwürdigkeit von Institutionen wiederherstellen. Drefahl: „Aber das geht nicht von heute auf morgen und braucht außerschulische Unterstützung.“

Mehr zum Thema auf der Extra-Seite „Europas Wege in der Flüchtlingspolitik“

Mo, 11. Juli – Fr, 15. Juli 2016

ZEIT

Große Universitätsaula, Max-Reinhardt-Platz, Salzburg

65. Internationale
**PÄDAGOGISCHE
WERKTAGUNG**
Salzburg

VORTRÄGE

- Assoz.-Prof. Dr. Dorothe BACH (USA)
- Assoz.-Prof. Dr. John BAUGHER (USA)
- Univ.-Prof. Dr. Lothar BÖHNISCH (D)
- Günter FUNKE (D)
- Dr. habil. Gabriele HAUG-SCHNABEL (D)
- Univ.-Prof. Dr. Peter HEINTEL (A)
- Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Hede HELFRICH (D)
- Prof. Dr. Clemens HELLSBERG (A)
- Assoz.-Prof. Dr. Lisa KALTENEGGER (USA)
- Univ.-Prof. Dr. med. Michael SCHULTE-MARKWORT (D)

ARBEITSKREISE | RAHMENPROGRAMM

INFORMATION | ANMELDUNG

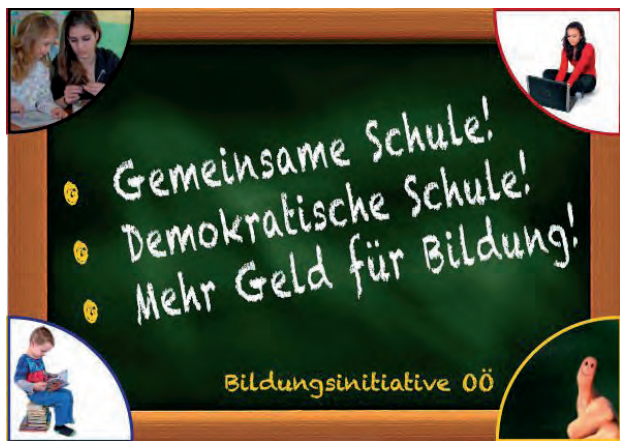
Internationale Pädagogische Werktagung Salzburg
F. W.-Raiffeisenstraße 2
5061 Elsbethen, Österreich
Tel. +43 662 8047-7527, Fax -7569 DW
pwt@bildungskirche.at
www.bildungskirche.at/Werktagung

Den Tagungsband der 64. Internationalen Pädagogischen Werktagung Salzburg können Sie direkt beim Katholischen Bildungswerk Salzburg bestellen:
www.bildungskirche.at/Medienshop/Publikationen



Gemeinsame Schule! Demokratische S

Renate Brunnbauer | Wilfried Mayr | Reinhart Sellner



Das waren die Schlagworte, die man auf den Transparenten bei der Bildungsdemo der Bildungsinitiative Oberösterreich in Linz am 2. Februar 2016 zu sehen bekam. Im Flugblatt, das auf dem Weg zum Landhaus verteilt worden ist, heißt es „Das Mitte November vorgestellte „Reform-Konzept“ der Bundesregierung lässt befürchten, dass die seit einem Vierteljahrhundert betriebenen Einsparungen im Bildungsbereich weitergehen sollen. Bei sinkendem Anteil am BIP und von Haus aus fehlenden 343 Millionen Euro im Budget (strukturelles Budgetdefizit) der Bildungsministerin wird die Lage der SchülerInnen, Studierenden und Lehrenden weiter verschärft. Bildung als Zukunftsinvestition darf aber kein Luxus werden, sondern ist verbrieftes Menschenrecht - für alle, unabhängig von Herkunft und Einkommen der Eltern, von Geschlecht und Staatsbürgerschaft.“

RednerInnen der unterstützenden Organisationen mit großer Erfahrung im Bildungssystem, in der Bildungspolitik und Gewerkschaftsarbeit haben die Anliegen der Bildungsinitiative überzeugend argumentiert. Bei der Kundgebung vor dem Landhaus sprach neben anderen Reinhart Sellner, UGÖD-Vertreter in der ARGE -LehrerInnen und im GÖD-Vorstand. Er nannte gleich zu

Beginn seiner Rede die Voraussetzungen, die für ein erfolgreiches Bildungssystem erforderlich wären: „Bildung kostet. Der Sozialstaat kostet. Wir brauchen keine weiteren Bildungssparpakete, keine Fortsetzung von Bildungs- und Sozialabbau, sondern eine soziale, demokratisch verfasste Budgetpolitik, in Österreich, in der EU und weltweit.“

Wenn das im November im Ministerrat beschlossene Schul-Verwaltungs-Reformkonzept der Bundesregierung in den parlamentarischen Verhandlungen nicht nochmals aufgeschnúrt wird, dann bedeutet das:

- keine bundesweit gemeinsame Schul- und LehrerInnenverwaltung, sondern weiter die Herrschaft von



Landeshauptmännern + ihren Landesparteiapparaten über Schulverwaltung und LandeslehrerInnen,

- keine gemeinsame Schule, nicht einmal für ein gesamtschulberechtigtes Bundesland, sondern weiter die Nebeneinanderverwaltung von Ländern für NMS/HS + AHS-Unterstufe,
- keine gemeinsame Personalvertretung der LehrerInnen, sondern voneinander abge sonderte Landes- und

- Bundespersönalvertretungen,
- keine gemeinsame Bildungsgewerkschaft in der GÖD, sondern wie bisher das Nebeneinander von 5 LehrerInnen-gewerkschaften, deren FCG-/ÖAAB-Mehrheit am bildungspolitischen Status quo festhalten will. Das Gymnasium soll als AHS-Langform bewahrt und beim Bund bleiben, damit auf Landesebene die gut eingespielte Zusammenarbeit von LandeslehrerInnenvertretung mit Parteifreunden in Landesregierung und Landesschulrat -nicht durch Bundeszuständigkeit und Gesamtschule gestört - fortgesetzt werden kann,
- Autonomie als Mangelverwaltung, unter der Vormundschaft der Landeshauptleute, aber ohne demokratische Mitbestimmungsrechte bei der Wahl der Schulleitung oder bei der Schulentwicklung am Standort,
- keine Verpflichtung der Regierung zur ausreichenden Finanzierung des Bildungswesens, keine vom Bund

garantierten, sozial indizierten und bedarfsgerechten Schulbudgets.

Gegen diese Negativentwicklung und für ein qualitätsvolles Bildungssystem hat die Bildungsinitiative OÖ am 2. Februar 2016 demonstriert. „Bildungsreformen, die diesen Namen verdienen, bringen eine qualitätsvolle gemeinsame Schule aller Schulpflichtigen statt der bestehenden

sozialen Selektion, bewirken eine Demokratisierung der Schulstrukturen statt obrigkeitstaatlicher Hierarchien. Bildung und Bildungsreformen brauchen ausreichende Finanzierung. Restriktive Budgetpolitik hat ausgedient, nicht nur in Österreich!“ KollegInnen aus Schulen, Eltern, SchülerInnen und Studierende haben am 2. Februar ein Zeichen gegen Resignation und Fatalismus gesetzt,

Schule! Mehr Geld für Bildung!

sie haben einen Anstoß gegeben für weitere gemeinsame Initiativen vor Ort, im überparteilichen ÖGB, in den „roten“ Gewerkschaften und in der „schwarzen“ GÖD.



Die Meldung des Tages war eindeutig!

Trotz Dylan's Demütigungen auf der Bühne durch die Fans, als er in den 60-ern plötzlich in der zweiten Halbzeit mit der E-Gitarre und einer Bluesband erschien, riskierte der UGÖD-Vertreter im GÖD-Vorstand, Mag. Reinhart Sellner, am Lichtmesstag 2016 vor dem Neuen Musiktheater Linz eben diese Mutprobe. Erstmals in seinem Leben ließ er gitarrenmäßig Strom vibrieren und hetzte mit seiner Version von „Street Fighting Man“ eine wachsende Meute von DemonstrantInnen und Randalierern über die innerstädtische Einkaufsstraße von Linz auf das oberösterreichische Landhaus. Die entstandenen Schäden sind noch nicht einschätzbar.

Wilfried Mayr



Her mit einer Pensionsautomatik!

Andreas Chvatal



Entgegen anders lautender Gerüchte¹ betrug der Bundeszuschuss zu den Pensionen (ASVG, BSVG, GSVG) im Jahr 2014 10,4 Mrd.

2015 ist er auf 10,1 Mrd gesunken (Auszug aus dem Rechnungsabschluss des Bundes, STANDARD, 4.2.2016)

2003 belief sich der Zuschuss auf gerade einmal 5,6 Mrd. Die Prognose der Kommission geht bis zum Jahr 2030 von einer Steigerung auf ca. 15 Mrd. aus und ist damit sehr wahrscheinlich zu optimistisch. 18 Mrd* könnten es bis dahin schon werden. Diese - gar gräuliche - ‚Kostenexplosion‘ könne nur durch eine Pensionsreform verhindert werden, ansonst drohe die Unfinanzierbarkeit des Systems, so hört man.

Diese Argumentation klingt zwar – auf den ersten Blick – logisch, lässt aber einen nicht ganz unwichtigen Faktor außeracht, nämlich die Existenz des Bruttoinlandsprodukts, besser bekannt als BIP. Der Prozentanteil des Bundeszuschusses am BIP ist von 2003 bis 2014 lediglich von 2,4 auf 3,2% gestiegen und wird bis 2030 auf 4,3%* klettern. Der Begriff ‚Explosion‘ scheint in diesem Zusammenhang nicht wirklich angebracht und, dass in nächster Zukunft akuter Handlungsbedarf bestünde, erscheint angesichts eines Anstiegs des Zuschusses von 1,1% in 15 Jahren fraglich. Zu bedenken wäre auch noch, dass die Anzahl der PensionistInnen in diesen 15 Jahren um etwa 400 000(!) steigen wird.

Aber ans Bedenken denkt heute niemand, wenn es um die Pensionen geht. So fordert etwa die Initiative um Nationalbankpräsident Claus Raidl, Bernhard Felderer und Wolfgang Mazal eine Reduktion des Bundeszuschusses um die Hälfte und zwar in den nächsten 10

Jahren (PRESSE 27.1.16). Dass dies eine Kürzung der A/B/GSVG Pensionen um 27% bedeuten würde, scheint ihnen nicht bewusst, oder egal, oder beides zu sein. Das achtreichste Land der Welt würde die Pensionen um 27% kürzen und das bei einer Durchschnittspension von ca. 1040 Euro brutto im Monat (A/B/GSVG)!

Da wäre es doch allemal besser, eine Pensionsautomatik einzuführen. Eine in letzter Zeit oft gehörte Forderung. Das Pensionsantrittsalter soll mit der Lebenserwartung ansteigen. Bei einer Einführung der Automatik 2017, würde das Pensionsantrittsalter bis 2027 auf 66 Jahre steigen (Lebenserwartung plus 0,1 Jahr pro Jahr). Aber, schon heute arbeitet kaum jemand bis 65. Daran würde sich nicht viel ändern. Manche der neuen PensionistInnen würden wohl 3,36%² mehr Abschlag in Kauf nehmen, andere noch ein Jahr anhängen und so den Effekt der Automatik schmälern. Wer 61 oder jünger ist und krankheitshalber geht, ist schon auf dem Maximalabschlag von 18% und gar nicht betroffen. Egal, Hauptsache es wird gespart! Wie viel eigentlich? Im Jahr 2027 wird die Zahl der PensionistInnen um ca. 30 000 ansteigen. Kostet 425 Mil und davon würden – maximal - 3,36% eingespart -14 Mil., also nicht viel. Jedenfalls zu wenig um irgendwas gegen den Bundeszuschuss tun zu können, der 2027 mit 15 Mrd (3,8% vom BIP) zu erwarten ist.

Das mit der Automatik muss anders gemeint sein, nur wie?

Andere Idee: Den 3,2% Zuschuss von 2014 haben wir ganz gut verdaut. Von Zusammenbruch aufgrund von Unfinanzierbarkeit keine Spur. 4% sollten

sich auch noch ausgeben. Aber 4,3%? Ob wir die wohlfinanziert und zusammenbruchlos überstehen? 2030(!) wird es so weit sein und dann müssen wir eine Automatik zur Hand haben. Wenn wir aber 2031 aufwachen und draufkommen, wir sind wieder nicht zusammengebrochen, können wir uns die Automatik für das nächste Mal aufheben. Wie diese genau aussehen soll, ist vorerst noch unklar. Das macht aber nichts, denn jene, die eine Automatik am liebsten sofort einführen würden, wissen ja auch noch nicht, was sie damit meinen.

Vielleicht wäre es günstig, die Zeit bis 2030 für weitergehende Überlegungen zu nützen. Z.B: Warum sollte das achtreichste Land der Welt nicht 4,3 oder auch 6% seines BIP für Pensionen ausgeben? Ist es überhaupt möglich, dass wegen des Pensionszuschusses eine massive Schiefelage des Budgets entsteht?

Bis erschöpfende Antworten auf diese u. ä. Fragen gefunden sind, könnte folgende (Not)pensionsautomatik hilfreich sein. Der Pensionszuschuss wird einfach aus Steuermitteln beglichen und zwar – und das ist neu - automatisch. Vielleicht ein bisschen altmodisch, bewährt sich aber seit längerem bestens.

Die Zahlenangaben basieren auf dem Bericht der Kommission zur langfristigen Pensionssicherung. Fußnoten

1. ECO Austria: 12,4 Mrd; Kommission zur langfristigen Pensionssicherung: 9,5 Mrd.
- * Zahlen der Kommission mit um 100 Mil/Jahr höherer Steigerung, aber ohne Fehler für 2014 (9,5 statt 10,4 Mrd).
2. Derzeit vorgesehener Abschlag bei Nichterreichen eines Jahres Lebensalter oder Dienstzeit.

**Für alle PersonalvertreterInnen unentbehrlich:
unser ständig aktualisiertes Dienstrechtsskriptum.
www.oeliug.at/recht/dienstrechtsskriptum/**

Mobbing? – Ich bitte Sie!

Es ist gar nicht so einfach zu beweisen, dass man gemobbt wird. Oft kommt man erst nach einiger Zeit zu dem Schluss, dass man systematisch heruntergemacht, dass hinter dem Rücken geredet und dass man schlecht gemacht wird. Zu diesem Zeitpunkt liegen meist keinerlei Aufzeichnungen über erlebte Schikanen vor.

Wer führt schon ein Gedächtnisprotokoll ohne irgendeinen Anlass? Außerdem, es ist ja auch bisher kein nachweisbarer Schaden entstanden. Hält die Situation an, so entsteht tatsächlich ein Schaden – die gemobbte Person kann nicht mehr, ist massiv verunsichert, wird krank.

Die rechtliche Situation ist nach wie vor unbefriedigend. Die Beweislast liegt beim Mobbing-Betroffenen.

Krankenstand aus psychischen Gründen aber wiederum bietet eine hervorragende Gelegenheit, das Opfer selbst als schwierig hinzustellen. Ganz schnell kann es zu der Behauptung kommen, die geschädigte Person wäre in ihrer eigenen Wahrnehmungsfähigkeit eingeschränkt, lege sowieso immer ein seltsames Verhalten an den Tag und sei nicht in der Lage, Situationen adäquat einzuschätzen.

Mobbing wird in den meisten Fällen von Personen ausgeübt, die hierarchisch über den Mobbing-Betroffenen stehen. Kein Wunder, dass es einfach erscheint, die Opfer los zu werden. Im öffentlichen Dienst ist Mobbing eine häufig gewählte Variante, um Beschäftigte loszuwerden, denn sie sind scheinbar in einem sicheren Beschäftigungsverhältnis. Und mit Mobbing wird das ausgehebelt.

Sehr geehrter Herr Gnesda!

Ich bin seit 1983 Lehrer für Deutsch an einer HTL und habe zahlreiche SchülerInnen erfolgreich zur Matura begleitet. Es war mir stets ein großes Anliegen, dass die von mir Betreuten nicht nur einen positiven Abschluss erreichen, sondern sich auch für Literatur begeistern, erleben, was man alles über sich und den Menschen durch Literatur erfahren kann, und lernen, kreativ mit Sprache umzugehen.

Dies alles wird durch eine Zentralmatura zunichte gemacht und verhindert! Meine Bedenken habe ich in zahlreichen offenen wie privaten Briefen und Artikeln zum Ausdruck gebracht (siehe unten). Von den zuständigen Ministerinnen gab es keine einzige Reaktion, von Seiten diverser politischer Parteien nur floskelhafte Antworten.

Nun muss ich lesen, dass Sie eine zentrale Benotung der schriftlichen Maturaarbeiten fordern. Ich verstehe Ihr Anliegen und sehe auch den – typisch österreichischen – widersprüchlichen Weg, einerseits Themen zentral auszugeben und andererseits dezentral die Arbeiten korrigieren zu lassen. Aber mit Ihrer Forderung verschlimmern Sie die verfahren Situation bloß: wegen einiger schwarzer Schafe sollen nun alle engagierten, den SchülerInnen wohlwollend gegenüberstehenden LehrerInnen an die Kandare genommen und ihnen die Möglichkeit genommen werden, den Unsinn zentral ausgegebener niveauloser oder gar fragwürdiger Aufgabenstellungen wenigstens durch eine empathische Notengebung etwas auszugleichen. Das ist Schwarze Pädagogik: Für das Fehlverhalten einiger weniger werden alle bestraft. Stattdessen sollten Sie besser für die Rücknahme der Zentralmatura und für eine bessere Ausbildung und Berufsbegleitung von LehrerInnen eintreten!
Erschüttert über die Entwicklung in der Bildungspolitik grüßt Sie Christoph Janacs

Sehr geehrte Frau Limberger! Sehr geehrter Herr Direktor!

Betrifft: Reiserechnungen

Hiermit erhebe ich als DA-Vorsitzender Einspruch gegen den Inhalt dieser Nachricht. Erstens handelt es sich dabei um „Einführung neuer Arbeitsmethoden“, die gem. PVG Par. 9, Abs. 2, lit. d, nur im Einvernehmen mit dem Dienststellenausschuss erfolgen kann und gem. PVG Par. 10, Abs. 5, haben „Maßnahmen gemäß Par. 9 Abs. 2, hinsichtlich derer der Dienststellenausschuss Einwendungen oder Gegenvorschläge vorgebracht hat, solange zu unterbleiben, bis über diese Einwendungen oder Gegenvorschläge endgültig abgesprochen ist“. Hiermit bringe ich Einwendungen und Gegenvorschlag vor: - Die Weisung ist in sich widersprüchlich: Einerseits wird geschrieben „Papier-Reiserechnungen werden vom Landesschulrat* nicht mehr angenommen*!“, andererseits wird verlangt „Der Ausdruck der Reiserechnung ist mit den gesamten Unterlagen zur Reise in der Buchhaltung abzugeben.“, womit ja wohl nur Papier gemeint sein kann. - Die Reiserechnungseingabe in portal.at ist nach allen mir bisher vorliegenden und selbst gemachten Erfahrungen weder zeitsparend noch nervenschonend möglich. Der DA ist gem. PVG Par. 2 auch „berufen, die beruflichen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und gesundheitlichen Interessen der Bediensteten zu wahren und zu fördern“, daher kann er dieser neuen Arbeitsmethode nicht zustimmen. - Gegenvorschlag: Solange es kein mit dem Zentralausschuss der BMHS-LehrerInnen einvernehmlich als tauglich befundenes Programm zur Abwicklung der Reiserechnungen gibt, bleibt die bisherige Vorgangsweise der Einbringung der Reiserechnungen auf Papier aufrecht.

*Mit freundlichen Grüßen Josef Gary Fuchs-
bauer, Vorsitzender des DA der Lehrerinnen
und Lehrer des Linzer Technikums*

Reaktionen & Meinungen

Zwangsarbeit im Nationalsozialismus

Internationale Wanderausstellung exklusiv im Museum Arbeitswelt Steyr

Das Ausstellungsjahr 2016 steht im Museum Arbeitswelt ganz im Zeichen der Auseinandersetzung mit der Geschichte der NS-Zwangsarbeit. Vom 12. Mai bis 18. Dezember ist dort die von der deutschen Stiftung EVZ initiierte Ausstellung „Zwangsarbeit im Nationalsozialismus“ zu sehen, die zuvor in Berlin, Dortmund, Warschau, Moskau, Prag und in Hamburg Station machte.

Schon im Jahr 2013 wurde in Steyr mit der Eröffnung des Gedenkortes „Stollen der Erinnerung“ der lokalen Geschichte rund um die massive Expansion des Rüstungsbetriebs Steyr-Daimler-Puch-AG, dem Bau des KZ Steyr-Münichholz und dem Einsatz von tausenden Zwangsarbeiter/innen in Industrie- und Landwirtschaftsbetrieben eine Dauerausstellung in einem von ehemaligen Luftschutzstollen gewidmet.

Mit der Ausstellung „Zwangsarbeit im Nationalsozialismus“ wird nun für wenige Monate versucht, die gesamte Geschichte der systematischen Ausbeutung und ihrer Folgen nach 1945 darzustellen: Im Deutschen Reich wurden auf nahezu jeder Baustelle und jedem Bauernhof, in jedem Industrie-

betrieb und auch in Privathaushalten Zwangsarbeiter/innen ausgebeutet. Dort wie auch in den besetzten Gebieten mussten insgesamt über 20 Millionen Männer, Frauen und Kinder aus ganz Europa als „Fremdarbeiter“, Kriegsgefangene oder KZ-Häftlinge Zwangsarbeit leisten.

Mit historischen Exponaten und Fotografien beleuchtet die Ausstellung das rassistisch definierte Verhältnis zwischen der sogenannten „Volksgemeinschaft“ und den Zwangsarbeitenden – mit allen Handlungsspielräumen, die sich den Menschen boten.

Für Steyr ist die Ausstellung eigens um die österreichischen Aspekte dieser Zeitgeschichte erweitert worden.

Pädagogisches Angebot für Schulklassen

Neben einem umfangreichen Fortbildungsangebot für Lehrer/innen werden für Schulklassen ab der 8. Schulstufe pädagogisch aufbereitete Workshops im Ausstellungsbereich angeboten. Die eigens für die Ausstellung entwickelten Materialien bieten einen biographischen und handlungsorientierten Zugang und erschließen die unterschiedlichen Formen der

Zwangsarbeit im Deutschen Reich und in den besetzten Gebieten. In der Auswahl der Biographien wird nicht nur die Bandbreite der Verfolgung deutlich (von Juden sowie Sinti und Roma über KZ-Häftlinge und Kriegsgefangene bis zu Zivilarbeiter/innen aus vielen Teilen Europas), sondern auch die lange Geschichte der verweigerten Anerkennung und Entschädigung als NS-Opfer nach 1945. Der inhaltliche Schwerpunkt liegt bei der Auseinandersetzung mit Handlungsspielräumen von Personen in konkreten historischen Situationen und der Frage nach der Bedeutung von Zwangsarbeit und Ausgrenzung heute. Ein Ausstellungsbesuch lässt sich nicht nur mit weiteren pädagogischen Angeboten des Museums, sondern auch mit denen anderer Gedenkstätten in Oberösterreich kombinieren.

Weitere Informationen zur Ausstellung:
www.museum-steyr.at
www.ausstellung-zwangsarbeit.at
Anmeldung von Schulklassen ab sofort unter:
07252 / 77 3 51 – 0
E-Mail: paed@museum-steyr.at

Wer sein Leben in die Hand nimmt, hat mehr davon. Werden Sie aktiv, um gemeinsam mit Gleichgesinnten die Schulwelt zu verbessern.

Treten Sie noch heute bei und Sie bekommen das Buch „Bildung braucht Persönlichkeit. Wie lernen gelingt.“ von Gerhard Roth. Einfach eine Mitteilung an: office@bildungsgewerkschaft.at



unabhängige bildungsgewerkschaft
www.bildungsgewerkschaft.at

**Rechtsschutz
Beratung
Service
18 € Mitgliedsbeitrag**

Die persönliche Komfortzone

Peter Novak

Am 2. Februar 2016 erging eine E-Mail von Christoph Hofbauer und Tanja Westfall-Greiter vom Bundeszentrum für lernende Schulen an LeiterInnen der Neuen Mittelschulen Österreichs. Verschickt wurde ein „pädagogisches Argumentarium zur NMS“, das den Direktoren und Lerndesignern eine Handhabe bei Fragen zur NMS bietet. Es werden Fragen mit LBVO, SCHUG und SCHOG, alten Studien und eigenen ZLS-Handreichungen beantwortet. Man liest vom Eingeständnis, dass eine in grundlegend und vertieft differenzierte Leistungsbeurteilung internationales Neuland ist. Nichts Neues für LehrerInnen an einer NMS. Es gibt Gesetze und Verordnungen, hinter denen Mann und Frau sich gerne versteckt, ja sogar eine Komfortzone gefunden hat.

Apropos Komfortzone. In der Einleitung wird berichtet, nein, unterstellt, dass wir LehrerInnen nur ungern unsere „persönliche Komfortzone“ verlassen und uns nur ungern auf Veränderungen einlassen, dass wir uns unprofessionell verhalten. Ich will eines festhalten: meine persönliche Komfortzone ist meine persönliche Angelegenheit. Ganz unter uns - sie befindet sich im Wohnzimmer, Garten und im Wald, in meiner persönlichen Zone. Diese Zone verlasse ich, wenn ich mich in die Schule, an meinen Arbeitsplatz, begeben. Professioneller Umgang mit Kollegen und Schülern bestimmt meinen Schulalltag, jeder Tag bringt Neues und Veränderungen. Neue Schule denken ist Alltag, zumal ich bald in einer Clusterschule mit gänzlich an-

derem Unterricht arbeiten werde. Mein Kollegium und viele andere LehrerInnen an anderen NMS erlebe ich ebenso. Ich weiß, dass ich täglich meine persönliche Komfortzone verlasse und dort im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben meine Arbeit gut erledige. Dazu brauche ich kein pädagogisches Argumentarium. Herr Hofbauer und Frau Westfall-Greiter haben scheinbar keine gute Meinung von uns LehrerInnen. Oder sie sind schon zu lange nicht mehr in einer Klasse gestanden. Eventuell sollten die beiden einmal, ja nur einmal ihre eigene persönliche Komfortzone verlassen und selbst professionellen Unterricht an einer NMS geben. Sie sind herzlich eingeladen!



novak@oeli-ug.at

Das Argumentarium des Grauens

Andreas Chvatal

Im „Pädagogischen Argumentarium zu NMS-relevanten Themen“, herausgegeben vom Bildungsministerium, wird eine Professionalisierung der Lehrenden als dringend erforderlich bezeichnet. Die Lehrkräfte befänden sich in einer persönlichen Komfortzone. Auf 2 Seiten wird erklärt, warum Punkte-/Prozentsysteme für die Leistungsbeurteilung nicht mehr tauglich sind, wobei der eigentliche Grund im Dunkeln bleibt. Dafür erfährt man, dass alte(!) Ergebnisse eines alten Leistungsstandes in die Berechnung nicht einfließen dürfen. Dies stünde im Widerspruch zu § 20 SCHUG. Wahrscheinlich deshalb, weil der Paragraph keine Unterscheidung zwischen alten und neuen Ergebnissen eines alten Leistungsstandes vorsieht, was wiederum darauf zurückzuführen ist, dass es so etwas gar nicht gibt.

Aus diesem Grund ist es auch nicht möglich Kommanoten zu berichten, wird sodann behauptet. Mit berichten ist wohl gemeint, dass SchülerInnen Infos bekommen, wie: „Du stehst auf 2,6.“ Möglicher kann etwas fast nicht mehr sein, schon alleine deshalb, weil man genau so gut sagen könnte: „Deine Ansätze zur Eigenständigkeit sind noch nicht merklich genug, dafür hast du den Lehrstoff zur Gänze erfasst“, wie dies ein paar Seiten weiter angeregt wird. Dann fragt der/die SchülerIn: „Was?“, man sagt: „Na, 2,6 eben“ und alles ist klar.

Die AutorInnen bescheinigen sich selbst nichts weniger als Allwissenheit: „Die Frage nach dem, was war, ist obsolet.“ Das kann nur für jene gelten, die sich einer Frage nicht stellen wollen. Dass dies für die AutorInnen zutrifft, zeigt sich

sehr deutlich darin, dass zwar Punkte-/Prozentsysteme als für die Leistungsbeurteilung ungeeignet bezeichnet werden, aber mit keinem Sterbenswörtchen erwähnt wird, wodurch sie ersetzt werden sollen. Interessant wäre vor allem, wie die von ihnen beschriebene Notenskala für D, M und E ohne Punkte-/Prozentsysteme umgesetzt werden soll.

Wie fundiert und aktuell dieses Papier ist, zeigt ein Zitat aus dem Jahr 2004(!): „Wenn es um die Schülerleistung geht, unterscheidet sich die AHS-Population kaum von der APS-Population.“ Dies wurde in den vergangenen 15 Jahren mehrfach widerlegt, zuletzt durch die Bildungsstandards.

Ich persönlich habe nicht vor, mich von solchen Leuten professionalisieren zu lassen.

Personalvertretungsgesetz: Was tun, wenn nicht?

Gary Fuchsbauer

Im Kreidekreis 1/2016 wurden speziell die Paragraphen 9 und 25 des Bundespersonalvertretungsgesetzes (PVG) behandelt und als Ermächtigung dargestellt. Was mach ich aber als Personalvertreter/in oder sonst als Lehrer/in, wenn den KollegInnen das PVG wurscht is oder Vorgesetzte mit der Ansage überzeugen wollen: „Bei uns ist das PVG nicht anwendbar!“?

Personalvertretungsaufsichtsbehörde und „Paragraf-10-Verfahren“ als Mittel zur Durchsetzung von Mitbestimmung, Transparenz und Solidarität

Wenn sich Vorgesetzte oder Personalvertreter/innen nicht ans PVG halten, kann der DA mit Hilfe von PVG § 10 und jede Lehrperson mittels Anrufung der Personalvertretungsaufsichtsbehörde (§§39-41) aktiv werden. Im § 10 steht einerseits immer wieder, dass die PV vor beabsichtigten Maßnahmen „spätestens zwei Wochen vor ihrer Durchführung nachweislich“ informiert werden muss und u.a. im Abs. 5: „Maßnahmen gemäß § 9 Abs. 2, hinsichtlich derer der Dienststellenausschuss Einwendungen oder Gegenvorschläge vorgebracht hat, haben solange zu unterbleiben, bis über diese Einwendungen oder Gegenvorschläge endgültig abgesprochen ist“,

also ein klares Vetorecht. Wenn es an der Dienststelle zu keinem Einvernehmen kommt, dann ist gem. Abs. 6 innerhalb von wenigen Wochen auf Landes- oder Bundesebene zwischen Dienstgeber- und Dienstnehmervertretung (nötigenfalls durch ein Gutachten der Aufsichtsbehörde PVAB) eine Entscheidung herbeizuführen. Die Personalvertretung an der Dienststelle möge bitte



beachten: Wenn mit der Dienststellenleitung keine Einigung erzielt wird, dann ist diese aufzufordern das an die nächsthöhere Dienstbehörde (meist: Landes-/Stadtschulrat) zu melden. Und die Personalvertretung an der Dienststelle möge das auch der Personalvertretung auf Landesebene melden, damit diese selbst aktiv werden kann, falls von Dienstgeberseite verschlafen oder verschleppt wird.

Was tun, wenn das PVG nicht eingehalten wird?

Wenn die Schulleitung das PVG nicht einhält, kann die PV im Weg über den Zentralausschuss (ZA) an die Personalvertretungsaufsichtsbehörde (PVAB) herantreten: PVG § 41 „(4) Ein Organ der Personalvertretung kann sich bei der Aufsichtsbehörde wegen behaupteter Verletzung dieses Bundesgesetzes innerhalb des letzten Jahres durch ein Organ des Dienstgebers beschweren. Jede solche Beschwerde ist von der Aufsichtsbehörde zu prüfen.“

Wenn Personalvertreter/innen das PVG nicht einhalten, kann sich jede/r Bedienstete deshalb direkt an die PVAB wenden: An die Personalvertretungsaufsichtsbehörde beim Bundeskanzleramt, Ballhausplatz 2, BKA, 1010 Wien. Beispiele: Ein Drittel der Bediensteten einer Dienststelle haben das Recht vom Dienststellenausschuss (DA) zu verlangen, dass er innerhalb von 2 Wochen eine Dienststellenversammlung zu einem bestimmten Thema einberuft (§5-7). Macht der DA das nicht, obwohl ein Drittel dafür unterschrieben hat, kann sich jede/r Lehrer/in deshalb an die PVAB wenden. Oder: Ein Personalvertreter verlangt von der DA-Vorsitzenden, eine DA-Sitzung einzuberufen, um die Mitwirkung des DA an der Auswahl der Fortbildungsveranstaltungen (§ 9, Abs. 1, lit. d) zu ermöglichen. Wird entweder keine Sitzung einberufen oder das Thema nicht behandelt oder die Mitwirkung des DA bei den Seminaren abgelehnt, so kann sich das einzelne DA-Mitglied an die PVAB wenden.

Wenn die Mehrheit eines Lehrkörpers zur Überzeugung kommt, dass der DA nicht (mehr) in seinem Sinne handelt, dann gibt es die Möglichkeit den DA bei einer Dienststellenversammlung zu „entheben“ (PVG § 5, Abs. 2, lit. b), allerdings nur den DA als gesamten, nicht einzelne Personalvertreter/innen. Danach beantragt der Dienststellenwahlausschuss (DWA) beim Zentralwahlausschuss (ZWA) die Ausschreibung einer Neuwahl des DA.

Abschließend möchte ich wie schon in der letzten Ausgabe darauf hinweisen, dass es bei Personalvertretung nicht um ein Gegeneinander (von Chef gegen Untergebene, oder von Fraktionen) geht, sondern um einen harmonischen Umgang miteinander zur Verbesserung des Schulklimas und unserer Arbeitsbedingungen – im Interesse der Lehrpersonen, der Schülerinnen und Schüler und der Bildung in Österreich.

Bei weiteren Fragen bitte an fuchsbauer@oeli-ug.at mailen.

[www.jusline.at/Bundes-Personalvertretungsgesetz_\(PVG\).html](http://www.jusline.at/Bundes-Personalvertretungsgesetz_(PVG).html) oder <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10008218>

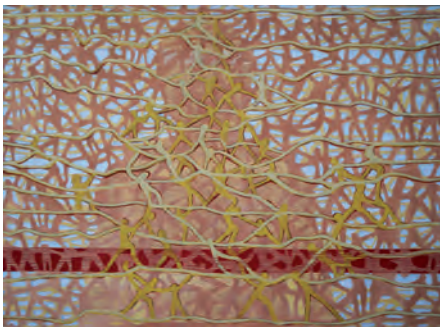
Fragen an fuchsbauer@oeli-ug.at



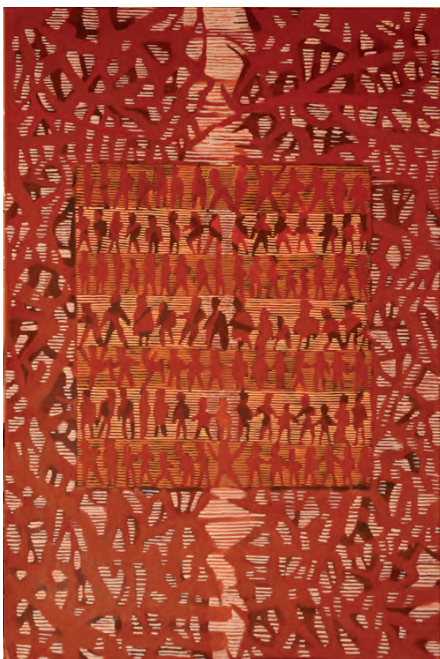
Erich Spindler www.erich-spindler.com

1954 in Steyr geboren, lebt und arbeitet in Dietach/Steyr
seit 1991 hauptberuflich Bildender Künstler
Kurator und Organisator von Kunstprojekten

Themen: NETZwerke, KÖPFE, Hommage an Thomas Bernhard, Reaktionen auf Eindrücke wie Pudi & Pudong (China) und Religion & Reality (Indien), Tanz, Zeichnen vor der Natur



„Das menschliche Individuum, die Gesellschaft ist wie alles eingebunden in ein natürliches System von Verbindungen und Bindungen. Alles ist mit allem verbunden und folglich auch von einander abhängig. Darüber hinaus bauen sich Gesellschaften Konstrukte von Verbindungen auf, von denen sie sich Absicherungen und Erleichterungen erhoffen und verlieren dabei oft den Blick auf das Ganze. Es kommt zu Überlagerungen, Gleichzeitigkeiten und Ungereimtheiten. Spannungen und Risse entstehen und schnell wird aus der Absicherung eine Abhängigkeit und aus der Erleichterung eine Erschwernis“
Erich Spindler



Der Maler fragt sich, wie es gelingen kann, Getrenntes zu verbinden. In seinen Arbeiten geht es um den einzelnen Menschen als Individuum und um die Gesellschaft als großes Ganzes. Viele eng gedrängte und bewegte Menschenfiguren symbolisieren in seinen Bildern die „Gesellschaft“. „Konflikte“ ziehen sich als Risse über die Leinwand, wobei er „Hilfe“ als ein verbindendes, geordnetes Feld darstellt. Der „rote Faden“ in seinen Werken bietet die Möglichkeit sich wieder zu verankern, Halt zu finden in unserer irdischen, rastlosen und letzten Endes flüchtigen Existenz.

Arbeiten von Erich Spindler sind noch bis 23. 3. 2016 in der Galerie der Stadt Traun im Rahmen der Ausstellung "Verbunden" zu sehen.

„Mensch und Gesellschaft“ 110 x 150 cm, Acryl auf Leinen, 2015

„Support“ 95 x 140 cm, Acryl auf Leinen, 2015

„Herbergssuche heute“ Mischtechnik auf Ingres, 16 x 13 cm, 2015





ZWANGSARBEIT

IM NATIONALSOZIALISMUS

AUSSTELLUNG

12. MAI BIS 18. DEZEMBER 2016

museum
arbeits
welt
steyr Wehrgrabengasse 7, 4400 Steyr
Tel. 07252 77351 0

www.museum-steyr.at

Eine Ausstellung der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora im Museum Arbeitswelt Steyr, initiiert und gefördert von der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ).
Ehrenschutz: Bundespräsident Dr. Heinz Fischer, Schirmherrschaft: Bundespräsident Joachim Gauck

Stiftung Gedenkstätten
Buchenwald und Mittelbau-Dora

evz STIFTUNG
ERINNERUNG
VERANTWORTUNG
UND ZUKUNFT

JOIN THE UNION - CHANGE THE UNION!

Wie werde ich Mitglied?

1. Beitrittsformular herunterladen und ausfüllen: <http://goed.at/meine-mitgliedschaft/mitglied-werden>
2. Als BetreuerIn schreib den Namen deiner UGÖD-Kollegin/deines Kollegen, oder Beate Neunteufel-Zechner (GÖD-Frauenausschuss) bzw. Reinhart Sellner (GÖD-Vorstand)
3. Formular an die GÖD schicken und in Kopie an office@ugoed.org, Fax (01) 5051952-22

**Gemeinsam in Dienststellen und Betrieben aktiv sein! Aktiv werden!
Dabei sein genügt nicht!**



**Unabhängige GewerkschafterInnen im öffentlichen Dienst
und in ausgegliederten Betrieben**

Impressum

ÖLI-UG | Österreichische LehrerInnen Initiative - Unabhängige GewerkschafterInnen für mehr Demokratie
4643 Pettenbach | Pflasterweg 7 | mail: a@oeli-ug.at | Mobil: 0680/2124358.

Redaktionsteam

Gerhard Pušnik (verantwortlich), Gaby Atteneder, Gary Fuchsbauer, Wilfried Mayr, Andreas Chvatal, Renate Brunnbauer und die AutorInnen.
Karikatur: Gernot Pedrazzoli

Kreidekreis: Informations- und Diskussionsorgan der ÖLI-UG. Wir finanzieren uns durch die LeserInnen:

Bankverbindung

IBAN: AT52 6000 0000 7842 0320 lautend auf Mayr/Fuchsbauer, ÖLI | BIC: OPSKATWW
Auflage 15.000

www.gutenberg.at | Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen. klimaneutral gedruckt^o CP IKS-Nr.: 53401-1603-1020



KREIDEKREIS 3 | 2016

P.B.B.
02Z030917 M
Abs.:
Österreichische LehrerInnen Initiative
ÖLI-UG
4643 Pettenbach | Pflasterweg 7 | OÖ



An:

ÖLI ZVR-Zagl | 125480687
DVR | 0581518

PEFC | 06-39-27